



Kiel, 11. Mai 2018

Nr. 153 /2018

Birte Pauls:

Es kommt auf die Rahmenbedingungen an

Zum internationalen Tag der Pflege am 12. Mai erklärt die stv. Vorsitzende und pflegepolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Birte Pauls:

„Die Pflege ist eine der wichtigsten Branchen und Pflegefachkräften erfüllen mit ihrer Arbeit einen gesellschaftlich enorm relevanten Auftrag. Deshalb brauchen wir die Umsetzung des im Koalitionsvertrag des Bundes vereinbarten gesetzlichen Personalbemessungsschlüssels. Pflegekräfte müssen sich auf geregelte Dienstzeiten verlassen und damit ihre Freizeit verlässlich gestalten können. Es ist auch wichtig, dass ausreichend Fachpersonal vorhanden ist, um so pflegen zu können wie es fachlich vorgeschrieben und berufsethisch richtig ist. Bessere Arbeitsbedingungen sind der Schlüssel gegen den Fachkräftemangel in der Pflege. Denn nicht der Beruf an sich ist schlecht, sondern die Rahmenbedingungen – und die können geändert werden.

Studien beweisen den Zusammenhang zwischen Anzahl von qualifiziertem Personal auf der einen und Patientensicherheit auf der anderen Seite. Das hat natürlich auch etwas mit der Zufriedenheit der Pflegekräfte zu tun. Außerdem bedarf es eines flächendeckenden Tarifvertrages, so dass die Betreiber der Einrichtung jedenfalls diesbezüglich nicht mehr in direkter Konkurrenz zueinander stehen. Es braucht mehr Geld im System und deshalb erteilen wir Vorstößen à la Jens Spahn, der die Kassenbeiträge senken will, eine klare Absage. Stattdessen sollte er sich lieber die Frage stellen, was ihm gute Pflege wirklich wert ist

Wir haben zur nächsten Sitzung des Sozialausschusses einen Bericht der Landesregierung zum Sachstand der Umsetzung des neuen Pflegeberufgesetzes beantragt, denn diese tut sich in

Herausgeber

SPD-Landtagsfraktion
Landeshaus
Postfach 7121, 24171 Kiel

Verantwortlich:
Heimo Zwischenberger

Telefon Pressestelle 0431-988-13 05
Fax Pressestelle 0431-988-13 08

E-Mail pressestelle@spd.ltsh.de
Web spd.ltsh.de

Sachen Pflegeentwicklung merkbar schwer. Der freiwillige Branchencheck, an dem sich nur ein Bruchteil der Einrichtungen beteiligt hat war ein Flop. Die Frage, warum sich nur 250 von 900 angefragten Einrichtungen daran beteiligt haben, hätten wir Jamaika schon vorher beantworten können.

Ohne die Rahmenbedingungen davor verändert zu haben, droht auch der geplanten Imagekampagne unserer Landesregierung das gleiche Schicksal. Hier zeigt sich mal wieder: Etwas so wichtiges wie Sozialpolitik gehört einfach nicht in die Hand einer nur an Klientelpolitik interessierten und arbeitnehmerfeindlichen FDP.“